

Der Kampf um Geschlechtergerechtigkeit als ein Kampf um Demokratie

Anti-Genderismus in Ungarn im Kontext einer »Sakralisierung der Politik«

Rita Perintfalvi

Parallel zum Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen der letzten Jahrzehnte in der sog. westlichen Welt (Europa und USA) ist im politischen wie im kirchlichen Diskurs in immer mehr Ländern ein neues Phänomen aufgetaucht. Dieses ist durch aggressive Angriffe auf das Grundkonzept der Geschlechterforschung und auf Gender-Mainstreaming als politische Strategie geprägt. Obwohl unter den politischen Akteur*innen der sog. Anti-Gender-Bewegungen nicht ausschließlich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen zu finden sind, nimmt dieser Aufsatz jedoch genau diese in den Blick, um auf die unheilige Allianz zwischen politischem Autoritarismus und christlich-religiösem Fundamentalismus aufmerksam zu machen. Beide führen ideologisch motivierte, heftige Identitäts- und Geschlechterkämpfe (Perintfalvi 2019), die Vielfalt und Pluralität in vieler Hinsicht ablehnen. Die neorechte Ideologie betont die Wichtigkeit einer homogenen Nation, in der die Relevanz gesellschaftlicher Minderheiten eindeutig negiert wird. Das Prinzip der gesellschaftlichen Homogenität wird hervorgehoben; jegliche Heterogenität soll beseitigt werden. Die Rechtspopulist*innen fordern die gesellschaftlichen und politischen Minderheiten auf, die Auffassung und Denkweise der Mehrheit zu respektieren, ihr Verhalten der Anschauung der Mehrheit anzupassen und den Kampf um Gleichberechtigung zu vergessen. Genau das wird auch durch das neue ungarische Grundgesetz gefordert, auf das ich später noch zurückkommen werde.

Die Anhänger*innen der ultrakonservativen bzw. fundamentalistischen kirchlichen Kreise wollen genauso wie die Neuen Rechten ein durch die Modernisierungsprozesse überholtes Gesellschafts-, Familien- und Frauenbild (Perintfalvi 2017) konservieren. Da beide ihrem Wesen nach rückwärtsgewandt sind und von einem verloren geglaubten Goldenen Zeitalter träumen, entstehen zwischen ihnen leicht strategische Allianzen. Beide empfinden Veränderungen als Bedrohung: Beziehungs- und Familienmodelle, die nicht in ein »traditionelles« Konzept passen,

Sexualerziehung, die neben heterosexuellen auch andere Lebensformen thematisiert, Geschlechtermodelle, die die normative Zweigeschlechtlichkeit infrage stellen.

Die Debatte zur »Gender-Ideologie« eröffnete ein neues Kapitel in der politischen, kulturellen und sozialen Geschichte nicht nur Europas, sondern auch global (vgl. Pető 2015: 126). Es geht hierbei nicht einfach nur um einen Sprach- oder Definitionskrieg, in dem zahlreiche dämonisierende oder karikierende Etikettierungen wie »Gender-Ideologie«, »Gender-Theorie«, »Gender-Totalitarismus« oder »Genderrismus« verwendet werden, die zu einer strategisch beabsichtigten irreführenden Interpretation der Grundbegriffe von Gender-Konzepten führen. Und es geht auch nicht nur um einen konservativen *backlash* gegen die Gleichstellung der Geschlechter und von LGBTQ-Personen. Es geht vielmehr um einen Prozess, der den nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grundlage der Menschenrechte entstandenen politischen Konsens völlig in Frage stellt. Für die Rechtspopulist*innen wurde der Begriff »Gender-Ideologie« nämlich zu einem Kampfbegriff, der in den durch Propaganda mobilisierten Menschen alle Unsicherheiten und Gefühle von Ungerechtigkeit aktiviert, die sich aus der aktuellen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Situation ergeben. Ihnen dient Gender als »symbolic glue« (Kováts/Pöim 2015). Es ist eindeutig wahrzunehmen, wie sich im Begriff *gender* viele aktuelle Sorgen und Ängste verdichten, die z.B. mit antieuropäischen, antiliberalen, antikommunistischen und homophoben Einstellungen verbunden sind (vgl. Grzebalska u.a. 2017).

1. Geschlechterkämpfe im Horizont von Rechtspopulismus. Fallbeispiele aus Ungarn

Im Folgenden möchte ich mittels einiger Beispiele aus Ungarn aufzeigen, wie gefährlich der politische Angriff auf die Gender-Theorien und ihre gesellschaftliche Umsetzung sein kann. Es wird gezeigt, dass die Anti-Gender-Debatte in Mitteleuropa mit dem systematischen Abbau des demokratischen Rechtsstaates Hand in Hand geht. Aus diesem Grund ist der Kampf um Geschlechtergerechtigkeit in diesem Zusammenhang gleichzeitig ein Kampf um die Demokratie und um den Fortbestand der Europäischen Union.

1.1 Die Auflösung des Studienganges der Gender Studies

Obwohl das ungarische Grundgesetz im Prinzip die Autonomie der Bildung und der Wissenschaft garantiert, wird die Souveränität von Forschung und Lehre seit 2018 Schritt für Schritt in Frage gestellt.

Durch eine willkürliche Verfügung gegen die Gender Studies wurde dieses Grundgesetz zum Anfang August 2018 ersten Mal verletzt, indem der Studiengang

Gender Studies an der größten staatlichen Universität ELTE in Budapest durch eine Verordnung (Dekret 42294/2018) mit sofortiger Wirkung auflöst wurde (vgl. dazu Perintfalvi 2019: 166).

Bereits vor seinem Start im Herbst 2017 war der Master-Studiengang, der sich durch Lehre und Forschung auf Ungarisch und mit einem Forschungsschwerpunkt auf der speziellen mittelosteuropäischen Problematik auszeichnete, von rechts-populistischen Politiker*innen und durch regierungsnahe Medien intensiv attackiert worden. Es kam auch zu kleineren Demonstrationen von Gegner*innen vor dem Gebäude der Universität. Bence Rétvári, der Staatssekretär des EMMI, schrieb am 3. März 2017 eine auch in den Medien veröffentlichte Antwort auf die Frage eines unabhängigen Politikers, Gábor Fodor, »Wem schadet die Geschlechterforschung?«:

»Die universitären Studiengänge sollen sich auf wissenschaftliche Grundlagen stützen. Gender kann – ähnlich dem Marxismus-Leninismus – eher als Ideologie und nicht als Wissenschaft bezeichnet werden, deswegen ist es fragwürdig, ob es das Niveau der universitären Bildung erreichen kann. Der Inhalt dieses Studienganges steht allem entgegen, was die Wertvorstellung der Regierung über den Menschen darstellt.« (Rétvári 2017, Übersetzung R.P.)¹

Noch deutlicher wurde István Hollik, Sprecher der Fidesz-KDNP-Fraktion, nach der Auflösung des Gender-Studienganges im August 2018:

»Man muss kein Spezialist oder Experte sein, um zu sehen, dass die Nachfrage nach Genderologinnen auf dem Arbeitsmarkt ziemlich gering ist. Es ist kein verheimlichtes Ziel, dass wir in Ungarn ein christlich-demokratisches Land aufbauen wollen, das die Normalität und das auf den christlichen Werten basierende Leben schützt. Nun, es ist doch so, dass die Idee von sozialen Geschlechtern keine Wissenschaft, sondern eine Ideologie ist, zudem mit den liberalen Ideologien eng verbunden, und daher – meine ich – nicht hineinpassen kann« (Hollik 2018, Übersetzung R.P.).

1.2 Politische Verfolgung von Bildungsinstitutionen, Lehrenden und Menschenrechtsaktivist*innen

Auch die Arbeit der renommierten privaten Zentraleuropäischen Universität CEU (Central European University), die nach ihren Grundsatzbestimmungen immer klar für Demokratie, Menschenwürde, Gleichberechtigung und für eine offene Gesellschaft stand, wurde in Ungarn verunmöglicht. Die heftigen politischen Attacken gegen die CEU, die eine durch György Soros geförderte Privatuniversität ist,

¹ Online unter: <https://www.parlament.hu/irom40/14056/14056-0001.pdf> (vom 7.9.2020)

wurden nach der Flüchtlingskrise immer intensiver, da die CEU mehrere Flüchtlinge als Studierende aufgenommen hatte. Die Universität musste daher im Herbst 2019 nach der juristischen Verfolgung durch die Regierung das Land verlassen und nach Wien übersiedeln. Auch die OSF (*Open Society Foundations*), die seit 1984 in Ungarn tätig war, musste 2018 aufgrund der ständigen Regierungsattacken nach Berlin ausweichen. Außerdem wurde im gleichen Jahr in der regierungsnahen Zeitschrift *Figyelő* eine sogenannte »Soros-Liste« veröffentlicht², die ein paar hundert Namen enthielt, die laut dem Artikel zum sog. Soros-Netzwerk gehören und als »gefährliche Söldner« der »fremden, bösartigen Mächte« arbeiten würden, um Ungarn zu ruinieren. Unter den Aufgelisteten fand man viele Universitätsprofessor*innen, insbesondere Sozialwissenschaftler*innen, die an der CEU arbeiteten und sich auch mit Geschlechterforschung beschäftigten, sowie viele Menschen, die in unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z.B. *Magyar Helsinki Bizottság* (Ungarisches Helsinki Komitee), *Amnesty International*, *Társaság a Szabadságjogokért* (Gesellschaft für Freiheitsrechte), *Transparency International*, Institut Eötvös Károly, *Menedék – Migránsokat Segítő Szervezet* (Zuflucht – Helfende Organisation für MigrantInnen).

1.3 Instrumentalisierung des neuen Pandemie-Gesetzes und die Attacke gegen Transsexuelle

Als letztes Beispiel möchte ich das neue Pandemie-Notstandsgesetz erwähnen, das am 30. März 2020 vom ungarischen Parlament verabschiedet wurde (Gesetzesvorschlag 20.3.2020). Im Parlament hat die Regierungskoalition eine Zweidrittelmehrheit, mit der sie alle Gesetze leicht ändern oder neue einführen kann. Dieses Notstandsgesetz ermöglicht es Premierminister Viktor Orbán, ohne zeitliche Befristung per Dekret, also auf dem Verordnungsweg, praktisch ohne das Parlament zu regieren. So kann er nun den am 11. März wegen der Pandemie verhängten Notstand ohne die Zustimmung des Parlaments beliebig verlängern. Viele Kritiker*innen interpretieren das so, dass Orbán die Corona-Krise instrumentalisiert, um auch die Reste des Rechtsstaates außer Kraft zu setzen. Das Parlament ist bis auf weiteres entmachtet, die Opposition kaltgestellt, und wer als Journalist*in Kritik wagt, muss ab sofort mit bis zu fünf Jahren Gefängnis rechnen.

Die rechtspopulistische Regierung benutzt den derzeitigen Ausnahmezustand, um eine ganze Reihe tiefgreifender Maßnahmen umzusetzen, die mit dem Coronavirus rein gar nichts zu tun haben. Sofort in den ersten Tagen wurde klar, dass sie den epidemiologischen Notstand für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele und nicht für die Bekämpfung der Epidemie nutzt. Unter den ersten jetzt eingeführten

2 Figyelő (2018): »A spekuláns emberei«, in: Figyelő vom 11.4.2018, online unter: <https://figyelő.hu/matrix/a-spekulans-emberei-6473/> (vom 7.9.2020).

Gesetzen findet man ein Dekret, das die Rechte transsexueller Menschen massiv beschneidet. Damit wurde die Anti-Gender-Attacke einen Schritt weitergeführt. Das nunmehr verabschiedete Dekret schreibt die »Eintragung des Geschlechtes ab Geburt« vor und erklärt spätere Änderungen für illegal.³ Offen bleibt dabei, was mit Menschen geschieht, die eine solche Änderung in ihren Dokumenten in der Vergangenheit bereits vorgenommen haben. Es wirkt absurd, dass eine Regierung, die jetzt alle ihre Anstrengungen auf die Bekämpfung der Epidemie richten sollte, eine Minderheitengruppe ihrer Menschenrechte und Würde beraubt. Das Dekret stammt vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Zsolt Sémjen (KDNP), einem (ehemaligen) katholischen Theologen, der theologisch zur ultrakonservativ-fundamentalistischen Richtung gehört und der als religiöser Eiferer bekannt ist. Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie religiöser Fundamentalismus und Rechtspopulismus einander strategisch unterstützen.

2. Religion und Rechtspopulismus in Ungarn

Wie im ersten Teil dieses Aufsatzes schon angedeutet wurde, schließen die ultrakonservativen und traditionalistischen kirchlichen Kreise sowohl der katholischen Kirche als auch der reformierten und neuprotestantischen Kirchen Ungarns zurzeit strategische Allianzen mit der rechtspopulistischen Regierung. Dies wird durch die Tatsache ermöglicht, dass ihre ideologische Basis viele ähnliche Elemente enthält: Anti-Liberalismus, Anti-Pluralismus, Anti-Genderismus, und teilweise auch eine antidemokratische Stoßrichtung.

Die Rechtspopulist*innen stellen Ungarn zumeist als ein christlich-demokratisches Land dar, dessen Grundordnung auf christlichen Werten aufbauen sollte. In ihrer Logik ist die »Gender-Ideologie« für die ganze Gesellschaft gefährlich, da sie mit den christlichen Werten nicht zu vereinbaren ist. Durch ihren Sprachkrieg wurden Begriffe wie »Toleranz«, »Gender«, »Liberalismus« oder »Menschenrechte« zu dämonisierten Schimpfwörtern (vgl. Perintfalvi 2019: 159). Die Mehrheit der Führungspersonen der Kirchen ihrerseits unterstützt die sog. illiberale Demokratie von Orbán. Während der Flüchtlingskrise 2015 widersetzte sich fast die ganze ungarische katholische Kirche – mit einigen wenigen Ausnahmen – den Weisungen von Papst Franziskus und war als nationale Organisation zur eigenen Regierung loyaler als zum Papst.

Was bedeuten aber die durch die Rechtspopulist*innen instrumentalisierten Begriffe wie »christliches Land«, »christliche Werte« etc. in einem Land wie in Ungarn, das eigentlich ein säkularisiertes Land ist, und im Allgemeinen nicht als be-

3 A kormány ellehetetleníti a nemváltást, in: Index vom 01.04.2020., online unter: [https://index.hu/belfold/2020/04/01/szuletesi_nem_biologiai_nem_nemvaltoztatas/\(vom 7.9.2020\)](https://index.hu/belfold/2020/04/01/szuletesi_nem_biologiai_nem_nemvaltoztatas/(vom 7.9.2020))

sonders religiös betrachtet werden kann? Wie sieht die Beziehung zwischen der Religion und dem Rechtspopulismus in Ungarn aus?

2.1 Politische Fusion von Nationalismus und Christentum

Die Fidesz-Partei wurde 1988 von radikalen liberalen Jugendlichen gegründet. Zu Anfang war sie eine neue, frische, alternative liberale Partei mit einer eindeutigen antikerikalen Haltung. Ab 1990 nahm sie eine Wende in die rechte Richtung und wurde allmählich zu einer Partei mit Mitte-Rechts-Verortung. Im Laufe der ersten Ministerpräsidentenschaft Orbáns (1998–2002) suchte Fidesz politische Allianzen mit den christlichen Kirchen und der konservativ-kulturellen Elite und positionierte sich damit als Nachfolger und Erneuerer der traditionellen »christlich-nationalen Mittelschicht«. Mit dieser politischen Verortung konnte sich Fidesz einerseits von der Erbschaft der kommunistischen Vergangenheit und andererseits vom Einfluss der westlichen multikulturellen Gesellschaftskonzeption sowie des multinationalen Kapitals abgrenzen (vgl. Bozóki/Zoltán 2018: 22).

Ab 2000 galt Fidesz bei den christlichen Kirchen als die beliebteste Partei (vgl. Bozóki/Zoltán 2018: 31). Ministerpräsident Viktor Orbán fing an zu betonen, dass er ein gläubiger Christ sei. Die größte Regierungspartei Fidesz baute ab 2002 eine strategische Koalition mit der katholischen Partei KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) auf.

Die Fidesz-KDNP-Koalition gewann die Parlamentswahl 2010 mit Zweidrittelmehrheit. Mit dieser absoluten Mehrheit wurde am 18. April 2011 das Grundgesetz Ungarns (ungarisch Magyarországi Alaptörvénye) verabschiedet, das – da es am 25. April 2011 unterzeichnet wurde – seither auch als Osterverfassung bezeichnet wird. Die Datierung hat freilich eine symbolische Bedeutung, indem sie die Geburt der ungarischen Staatlichkeit mit dem wichtigsten christlichen Fest, der Auferstehung Jesu, verbindet.

Nach Meinung des ungarischen Politikwissenschaftlers András Bozóki hebt besonders die Präambel des Grundgesetzes »die politische Fusion zwischen Nationalismus und Christentum« hervor: »Wir erkennen die Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation« (Grundgesetz 2011; Bozóki/Zoltán 2018: 26). Wir müssen die wichtigsten Merkmale des neuen Grundgesetzes kurz näher betrachten, damit wir die innere kohärente Logik der politischen Anti-Gender-Debatte verstehen können. Nach Bozóki behandelt das Grundgesetz die individuellen Freiheitsrechte stets nur mit dem Gemeinwohl verbunden, es betrachtet sie also nicht als Wert an sich. Die Grundrechte sind von den Grundpflichten nicht zu trennen, wobei letztere von einem christlichen Weltbild abgeleitet sind, wonach Ungarn als ein Land, das auf christlichen Grundwerten basiert, aufgefasst wird. Die Textformulierungen legen auf die Religion, die Traditionen und die »nationalen Werte« einen wesentlich größeren Akzent als früher. Das Grundgesetz hat dabei eine homogene

Nation im Blick und stellt die gesellschaftlichen Minderheiten eindeutig hinten. Wenn das Grundgesetz über die Gleichheit vor dem Gesetz spricht, werden zwar das Geschlecht, die Ethnizität und die Religion erwähnt, auf sexuelle Minderheiten wurde der Rechtsschutz jedoch nicht ausgeweitet (vgl. Grundgesetz Ungarns 2011; vgl. Bozóki/Zoltán 2018: 25-26).

Das Grundgesetz vermittelt »ein säkularisiertes national-religiöses Glaubenssystem« (Bozóki/Zoltán 2018: 26, Übersetzung R.P.). Die christliche Religion stellt das ergänzende Element der nationalen Ideologie dar. Fidesz hat einen ethnischen Nationsbegriff entwickelt, dessen Grundlage eine homogene christliche Gesellschaft ist. Die Rechtspopulist*innen instrumentalisieren damit die »christlich-nationale« Identität: Das Christentum wird als gut funktionierendes Mittel der politischen Legitimation verwendet, ohne dass diese Identität wesentliche religiöse Inhalte tragen würde.

Nach der Studie von Political Capital (Bozóki/Zoltán 2018: 31) sind nur 22 % der Wähler*innen der Fidesz-KDNP-Koalition ausdrücklich religiös (»Ich bin religiös und folge der Lehre der Kirche«). 51 % sind nur »auf ihre eigene Art und Weise religiös«, 22 % sind »nicht-religiös«, 5 % gaben »weiß nicht, ob ich religiös bin« zur Antwort und 1 % machte keine Angabe. Für die Rechtspopulist*innen in Ungarn würde es sich daher gar nicht lohnen, eine ausdrücklich klerikale Weltanschauung zu vertreten. Für die Kontrolle über die Kirche müssen sie deren Anschauungen nämlich nicht vertreten, solange sie diese durch staatliche Gesetze erreichen können.

Gemäß einer Studie von Éva Balogh rekuriert Orbán in seinen Reden immer wieder auf die Nation, auf den Nationalismus und auf das Christentum. 2015 sprach der Ministerpräsident beispielsweise darüber, dass die christliche Kultur »die integrierende Kraft der Nation« sei, von der »der Staat sein inneres Wesen und Bedeutung« gewinne, »deswegen können wir behaupten, dass Ungarn entweder christlich wird oder nicht existieren wird.« Die Ungar*innen seien nicht deswegen Europäer*innen – so Orbán –, weil Ungarn geographisch ein Teil Europas ist, sondern »weil wir Christen sind« (Orbán 2015; vgl. Balogh 2015).

Meiner Meinung nach zeigen diese Beispiele sehr gut, wie die rechtspopulistische Politik einen christlichen Nationalismus als dominierende Ideologie verwendet. Trotzdem geht es bei dieser Ideologie nicht um konkrete religiöse Inhalte, sondern »um einen markant nationalistischgefärbten Religionsersatz« (Bozóki/Zoltán 2018: 33, Übersetzung R.P.). Nach Bozóki handelt es sich dabei um ein weltanschauliches Prinzip, das der Nation als kollektiver Identität einen quasi religiösen Status gibt, dem sich das Individuum unterordnet (2018: 39).

2.2 Die verlorene Freiheit der Kirchen

Die großen Kirchen Ungarns sind für zahlreiche Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen verantwortlich, die aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Staat fördert kirchliche Schulen, Krankenhäuser und Universitäten sehr freigiebig, aber er erwartet für seine Unterstützung auch eine Gegenleistung. 2013 hat die Regierung Religion in den Nationallehrplan für die allgemeinen Schulen aufgenommen, wodurch sich die Verschränkung zwischen den Kirchen und der rechtspopulistischen Regierung intensiviert hat.

Bereits zuvor war die Regierung durch das neue Kirchengesetz 2011 zu starkem Einfluss über die Kirchen gelangt. Sie nützt dieses Gesetz als totalitäres Kontroll- und Bestrafungsinstrument. So bestimmt dieses neue Kirchengesetz den Kirchenstatus einer religiösen Gemeinde auf politischer Grundlage (vgl. Bozóki/Zoltán 2018: 34). Das ungarische Parlament kann damit über den kirchlichen Status jeder religiösen Gemeinde ein politisches Urteil fällen, wodurch die Kontrolle der Regierung über die Kirchen stark ausgeweitet wurde. Diese kann das Gesetz so nutzen, dass sie den kirchlichen Status ihrer Kritiker*innen jederzeit aufheben kann. So fordert dieses Gesetz von den Kirchenleitungen völlige kritiklose Loyalität, die damit zur Überlebensstrategie wird. Obwohl das neue Gesetz 2013 durch das ungarische Verfassungsgericht als inakzeptabel qualifiziert wurde und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2014 feststellte, dass das neue Kirchengesetz die Religionsfreiheit die staatliche Pflicht zur Neutralität verletzt⁴, hat keine einzige religiöse Gemeinschaft ihren verlorenen kirchlichen Status bis heute zurückgewonnen.

So erstand die aus der Geschichte schon allseits bekannte klassische unheilige Allianz zwischen Thron und Altar wieder auf. Die historischen Großkirchen und auch die evangelikalen Kirchen mit neoprotestantischem Hintergrund (wie *Hit Gyülekezete*, dt.: »Glaubenskirche«) lassen sich durch die Neuen Rechten zunehmend instrumentalisieren. Bis 2019 waren einige Bischöfe wie Tamás Fabiny in der evangelisch-lutherischen Kirche noch mutig genug, die Regierung in bestimmten gesellschaftlich relevanten Themen, wie z.B. der Flüchtlingskrise, zu kritisieren. Doch die rechtspopulistische Regierung reagierte darauf mit immer stärkeren Strafmaßnahmen wie Kürzungen der Finanzierung. Momentan gibt es nur eine einzige kleine neoprotestantische Kirche, *Magyarországi Evangéliumi Testvérközösség*

4 Das EGMR-Urteil lautet: »Dieses Schema trägt eine Missachtung der Neutralität und das Risiko der Willkürlichkeit in sich. Eine Situation, in der religiöse Gemeinschaften darauf angewiesen sind, um die Stimmen politischer Parteien zu werben, ist nicht mit der staatlichen Neutralität vereinbar, die in diesem Feld notwendig ist.« Siehe dazu: [https://hudoc.echr.coe.int/eng#{%22itemid%22:\[%22001-142196%22\]}](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{%22itemid%22:[%22001-142196%22]}) (vom 8.9.2020).

(»Evangelische Bruderschaft Ungarns«) unter der Leitung von Gábor Iványi, die gegen die Regierung noch öffentlichen Widerstand leistet, – weswegen ihr, als Strafe der Regierung, der offizielle Kirchenstatus bereits 2011 aberkannt wurde.

Viele Kirchen realisieren gar nicht, dass sie ihre Freiheit, genauso wie während des Kommunismus, schon wieder verloren haben. Und wenn sie es bemerken, müssen sie schweigen. Der Bischof und ehemalige Erzabt von Pannonhalma, Asztrik Várszegi, formulierte es in einem Interview folgendermaßen: »Wie mit Stoffpuppen, so spielen die Politiker mit der Kirche« (Hajba 2016).

2.3 Sakralisierung der Politik und Entsakralisierung der Religion

Während die Politik die Religionen, Kirchen und religiösen Gemeinden instrumentalisiert und somit ihre Macht festigt, werden die betroffenen Religionen zu Sklavinnen der Politik. »So wird die Religion entsakralisiert« – stellte der ungarische jüdische Religionsphilosoph György Gábor fest (2019, Übersetzung R.P.).

Die Reaktion der ungarischen kirchlichen Führungspersonen hat im Laufe der Flüchtlingskrise 2015 genau gezeigt, wie leicht der religiöse Nationalismus die universale Perspektive der Nächstenliebe, die im Zentrum der Botschaft Jesu steht, opfert (vgl. Mt 22,35-40; Gal 3,28; 1 Joh 3,17). »An die Stelle der zeitlosen Wahrheit der ewigen Ideale und der moralischen Normative tritt die Zeitlichkeit der weltlich-politischen Aspekte, und das innere, immerwährende Gebot des Gewissens wird durch die äußerliche Versuchung der angebotenen Interessen gebrochen [...]« (Gábor 2019, Übersetzung R.P.).

Obwohl der Rechtspopulismus einerseits die Religionen instrumentalisiert, braucht er sie andererseits als uralten und primordialen Identifikationsfaktor. Zu den primordialen Identifikationsfaktoren gehören: Ethnizität, Sprache, Bräuche, Traditionen und Religion etc. Die Rechtspopulist*innen heben die Wichtigkeit einer ethnischen und religiösen Identität stets hervor (vgl. Gábor 2019). Besonders deutlich wurde das in ihrer Hasspropaganda gegen Muslime im Laufe der Flüchtlingskrise. Diese Hasspropaganda fand damals auch in kirchlichen Predigten reges Echo. Trotzdem sind für die rechtspopulistische Politik nicht die konkreten religiösen Inhalte, sondern das Christentum als kulturelle Identität wichtig. Wie oben erwähnt wurde, ist Ungarn grundsätzlich ein säkulares Land. Die Mehrheit der Bevölkerung ist tatsächlich mit keiner Kirche verbunden. Aber als kultureller Identitätsmarker, als Konstruktion einer Art Ingroup, mittels derer eine feindselige Abgrenzung von allem, was als nicht-christlich, sondern z.B. jüdisch oder muslimisch ist, wahrgenommen wird, ist das Christentum ein Teil des ungarischen Nationalismus.

Die Neorechten können auch den in den Religionen markant anwesenden Autoritarismus, die Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb der hierarchischen Struktur der Kirchen perfekt instrumentalisieren. Eine noch nicht aufgeklärte Religion,

wie sie viele christliche Kirchen in den postkommunistischen Ländern vertreten, macht ihre Gläubigen beeinflussbar, regulierbar und leicht manipulierbar. Die Kirchen fordern und erwarten hohe Konformität, starken Normenkonservatismus, Gehorsam und absoluten Respekt gegenüber Autoritäten.

2.4 Der messianistische Führertyp und der Heilige Krieg

Viktor Orbán sprach in seiner Rede auf dem XII. Kongress des Verbandes der Christlichen Intellektuellen (*Keresztény Értelmiségiek Szövetsége*) im September 2019 aus der Perspektive der Bergpredigten Jesu:

»Haben wir keine Angst, es auszusprechen, da alle es bereits sehen, Ungarn ist die Stadt, die auf dem Berg liegt, und sie kann sich nicht verbergen. Wachsen wir zu unserer Berufung auf und zeigen wir der Welt, wie das wahre, tiefe und höhere Leben ist, das wir auf der christlichen Freiheit aufgebaut haben« (Orbán 2019ba, Übersetzung R.P.).

2014 hatte er in seiner Rede auf einer Sommerakademie in Tusnádfürdő den Begriff der »illiberalen Demokratie« in den ungarischen politischen Diskurs eingeführt (vgl. Orbán 2014), den er 2019 durch das Idealbild »der christlichen Freiheit« ersetzte (Orbán 2019ab). Diese christliche Freiheit ist berufen, gegen die liberale Demokratie einen Heiligen Krieg zu führen.

So werden durch die Rhetorik der Rechtspopulist*innen immer mehr religiöse Bilder, Begriffe und Anspielungen im politischen Diskurs verwendet. Wie György Gábor (2019) formulierte: »das politisch-öffentliche Leben wird auf transzendente Weise geteilt« (Übersetzung R.P.), es geht um »einen apokalyptischen Krieg« zwischen Gut und Böse. Diese stark dualistisch-manichäische Weltsicht ist auch für den religiösen Fundamentalismus charakteristisch.

Es beginnt »ein sakral-spirituellem Krieg« (Gábor 2019, Übersetzung R.P.), wenn die eigene Überzeugung als einzig wahre und universal befreiende betrachtet wird, die die ganze Menschheit, oder mindestens die eigene Ingroup, von den bösen, unmoralischen, krankhaften Feinden befreien soll, die eine ständige Bedrohung für die »Gerechten« darstellen. So werden bei dieser Schlacht gegen die Feinde auch autoritäre Aggression und Gewalt legitimiert. Die autoritäre Führungsperson hat messianisches Bewusstsein. Er ist der Auserwählte, der Befreier einer durch die böse Mehrheit bedrohten Minderheitsgruppe, die er mit allen Mitteln schützen darf. Deswegen steht er über der allgemeinen Moral, und es ist ihm erlaubt, sich auch über die konsensualen demokratischen Regeln (Wahlregelung, Verfassung, Rechtsordnung, Gesetzgebung, grundlegende Menschenrechte) hinwegzusetzen und in einer Notsituation (z.B. Epidemie) umzustößen. Seine Berufung ist es, »die umgestürzte moralische Ordnung« wiederherzustellen (vgl. Gábor 2019, Übersetzung R.P.).

So werden in der rechtspopulistischen Politik die Emotionen, die Irrationalität und die religiösen Argumente zu Kraftfeldern. Diese messianische Attitüde trägt *ab ovo* schon die Wahrheit, die gar keine rationale Begründung mehr braucht (vgl. Gábor 2019). Das funktioniert auch bei der Anti-Gender-Debatte perfekt, denn so können die Attackierten (Wissenschaftler*innen, Universitäten, Studiengänge) ihre Position gar nicht mehr mit logischen, wissenschaftlich nachvollziehbaren Argumenten schützen.

Wenn eine solche politische Haltung in einem bestimmten Kontext zur Normalität wird, wenn die Wissenschaft, das Denken und die Kritik einfach ihrer Freiheit und Autonomie beraubt werden, wenn die Verletzung der Menschenrechte, die Infragestellung der Geschlechtergerechtigkeit und die Attacke gegen ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten zum Regierungsprogramm werden, muss eine aufgeklärte Theologie im Namen der Zivilisation der Liebe unbedingt Widerstand leisten und diesen militanten christlichen Nationalismus nachdrücklich verurteilen. Wenn jemand in einem solchen politischen Kontext um die Geschlechtergerechtigkeit kämpft, kämpft er/sie zugleich auch für die Demokratie. Und bei diesem Kampf brauchen wir einander und unsere gegenseitige Solidarität so intensiv wie selten zuvor. Wir müssen die Solidarität wiederentdecken und wiederbeleben. Dabei kann eine theologische Geschlechterforschung große Dienste leisten.

Literatur

- Balogh, Éva S. (2015): »Viktor Orbán and the ›Christian-National Idea‹«, in: Hungarianspectrum vom 22.9.2015, online unter: <https://hungarianspectrum.org/2015/09/22/viktor-orban-and-the-christian-national-idea/> (vom 7.9.2020).
- Bozóki, András/Zoltán, Ádám (2018): »Vallás és jobboldali populizmus Magyarországon«, in: *Mozgó Világ* 44 (3), 17-40.
- Figyelő (2018): »A spekuláns emberei«, in: Figyelő vom 11.4.2018, online unter: <http://figyelo.hu/matrix/a-spekulans-emberei-6473/> (vom 7.9.2020).
- Gábor, György (2019): »Szekularizálódó vallás, szakralizálódó politika«, in: *Élet és irodalom* vom 18.4.2019, online unter: <https://www.es.hu/cikk/2019-04-18/gabor-gyorgy/szekularizalodo-vallas-szakralizalodo-politika.html> (vom 7.9.2020).
- Gesetzvorschlag über Abwehr gegen Coronavirus (2020): online unter <https://www.parlament.hu/irom41/09790/09790.pdf> (vom 7.9.2020).
- Grundgesetz Ungarns (2011): online unter: <https://nemzetikonyvtar.kormany.hu/download/b/00/50000/n/%C3%A9met-magyar-nyomda.pdf> (vom 15.4.2020).
- Grzebalska, Weronika/Kováts, Eszter/Pető, Andrea (2017): »A gender mint szimbolikus kötőanyag: miért lett hirtelen olyan fontos a társadalmi nem?«, in: *Kettős Mércé* vom 6.3.2017, online unter: https://kettosmerce.blog.hu/2017/03/06/a_g

- ender_mint_szimbolikus_kotoanyag_miért_lett_hirtelen_olyan_fontos_a_tars_adalmi_nem (vom 7.9.2020).
- Hajba, Ferenc (2016): »Várszegi Asztrik: Rongybabaként játszanak az egyházzal a politikusok«, in: NOL vom 11.1.2016, online unter: <http://nol.hu/belfold/varszegi-asztrik-rongybabakent-jatszanak-az-egyhazzal-a-politikusok-1583963> (vom 7.9.2020).
- Hollik (2018): »Micsoda meglepetés: a Fidesz-KDNP is támogatja a genderszak megszüntetését«, in: 168 Óra vom 14.8.2018, online unter: <https://168ora.hu/itt/hon/micsoda-meglepetes-a-fidesz-kdnp-is-tamogatja-a-genderszak-megszuntetese-154487> (vom 7.9.2020).
- Index (2020): »A kormány ellehetetleníti a nemváltást«, in: Index vom 1.4.2020, online unter: https://index.hu/belfold/2020/04/01/szuletesi_nem_biolgiai_nem_nemvaltoztatas/ (vom 7.9.2020).
- Kováts, Eszter/Pöim, Maari (Hg.) (2015): *Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilizations in Europe*, Budapest: FES, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf> (vom 7.9.2020).
- Orbán, Viktor (2014): Die Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán an der 25. Freien Sommerakademie und im Studentenlager in Bálványos vom 26.07.2014, online unter: <https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> (vom 15.4.2020).
- Orbán, Viktor (2015): Die Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán im Europäischen Parlament, online unter: www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-in-the-european-parliament (vom 15.4.2020).
- Orbán, Viktor (2019a): Die Antworten von Ministerpräsident Viktor Orbán für die Fragen der Mitglieder des Publikums nach seiner Rede an der Freien Sommerakademie und im Studentenlager in Bálványos, online unter: <https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-answers-to-questions-from-audience-members-after-his-speech-at-the-balvanyos-summer-open-university-and-student-camp> (vom 15.4.2020).
- Orbán, Viktor (2019b): Die Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán auf dem Kongress des Verbandes der Christlichen Intellektuellen (KÉSZ), online unter: <https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-12th-congress-of-the-federation-of-christian-intellectuals-kesz> (vom 15.4.2020).
- Perintfalvi, Rita (2016): »The True Face of the »Gender Ideology: Discourse. Religious Fundamentalism, or Questioning the Principle of Democracy?« in: Sabine Dievenkorn/Teresa Toldy (Hg.), *Sharing the Word of Hope with the World*, Leu-

- ven: Peeters, *Journal of the European Society of Women in Theological Research* (24), 47-62.
- Perintfalvi, Rita (2017): »Geschlechterrolle und Familie aus ungarischer Perspektive«, in: Klara Csiszar/Martin Hochholzer/Markus Luber/Hubertus Schönmann (Hg): *Mission 21. Das Evangelium in neuen Räumen erschließen*, Regensburg: Friedrich Pustet, *Weltkirche und Mission* (8), 148-160.
- Perintfalvi, Rita (2019): »Wahre Hoffnung statt Rechtspopulismus. Autoritäre Versuchungen, Kampf um die Identitäten in Europa heute«, in: Judith Gruber/Sebastian Pittl/Stefan Silber/Christian Tauchner (Hg.), *Die identitäre Versuchung. Identitätsverhandlungen zwischen Emanzipation und Herrschaft*. Aachen: Verlag Mainz, *Concordia Monographien* (73), 149-171.
- Petõ, Andrea (2015): »Anti-gender« Mobilisational Discourse of Conservative and Far Right Parties as a Challenge for Progressive Politics«, in: Eszter Kováts/Maari Põim (Hg.), *Gender as Symbolic Glue*, 126-132.
- Rétvári, Bence (2017): Brief an Gábor Fodor vom 3.3.2017, online unter: <https://www.parlament.hu/irom40/14056/14056-0001.pdf> (vom 15.4.2020).

